Nr. 282 1. Ausgabe

Mittwoch, 17. November 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Einzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Listen- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.25, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Die Wahlen in Griechenland

Venizelos zurückgetreten

☞ **Paris, 16. November. (Ein. Drahtbericht.)** Die gestern gemeldeten Wahlergebnisse der Stadt Athen, die mit einer Zweidrittelmehrheit zugunsten von Venizelos ausgefallen sind, werden heute durch die in der Provinz erzielten Resultate, soweit sie bisher bekannt sind, widerlegt. Die Abstimmungen in Attika und Böotien bedeuten für die venizelistische Partei eine vernichtende Niederlage. Venizelos ist mit sämtlichen Mitgliedern seines Kabinetts mit einer einzigen Ausnahme durchgefallen und hat bereits seine Demission eingereicht. Diese Nachricht hat in Paris wie eine Bombe gewirkt. Die Opposition unter der Führung des früheren Ministerpräsidenten Gunaris hatte die Rückkehr des Königs Konstantin ausdrücklich auf ihr Programm geschrieben. Der Ausgang des Wahlkampfes bedeutet also, daß das griechische Volk sich für die Rückkehr seines Königs Konstantin ausgesprochen hat. Aus zuverlässiger Quelle verlautet aber, daß die französische Regierung entschlossen sei, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln diese Rückkehr des Königs Konstantin zu verhindern. Im allerbesten Falle werde die französische Regierung die Annahme der Krone durch den Kronprinzen akzeptieren. Die Pariser Blätter sehen aber noch weiter und glauben versichern zu können, daß die Entente dafür Gewähr geleistet hat, daß Konstantin nicht zurückkehren darf.

Gegen den Vertrag von Rapallo

× **Belgrad, 16. November.** Die Meldungen über die Verständigung von Santa Margherita und das Abkommen mit Italien haben in Belgrad große Erregung hervorgerufen. Die akademische Jugend veranstaltete Protestkundgebungen. In Laibach und Agram und den slowenischen Städten kam es gleichfalls zu Kundgebungen gegen das Abkommen von Rapallo. In den Versammlungen wurde erklärt, daß das südslawische Volk diese Abmachungen niemals anerkennen werde.

☽ **Belgrad, 16. November. (Eig. Drahtbericht.)** Im Verlauf der gestrigen Protestkundgebungen zogen Tausende von Demonstranten zum Ministerratspalais und demolierten das Gebäude. Die erbitterte Menge wollte den Ministerpräsidenten herausholen. Zwei Regimenter Kavallerie und zahlreiche Gendarmen mußten aufgeboten werden, um der Lage Herr zu werden. In Laibach wurden wegen Abschließung des Vertrages von Rapallo Trauerkundgebungen veranstaltet.

Die Eroberung der Krim

× **Paris, 16. November.** Nach einer Meldung des „Matin" aus London wird aus Konstantinopel berichtet, daß die bolschewistischen Truppen Jalta und Eupatoria genommen haben und daß die rote Kavallerie sich Sebastopol nähere. Der Ministerpräsident des Generals Wrangel sei in Konstantinopel angekommen, um die Räumung der Krim zu organisieren.

⊙ **Rotterdam, 16. November. (Eig. Drahtbericht.)** Nach einem Reutertelegramm aus Odessa sind die Vortruppen der Roten Armee in Sinferopol eingerückt.

§ **Helsingfors, 16. November. (Eig. Drahtbericht.)** Einem Moskauer Funkspruch zufolge hat die Sowjet-Armee Sebastopol eingenommen und rückt weiter nach der Krim vor.

⊙ **London, 16. November. (Eig. Drahtbericht.)** „Daily Expreß" meldet aus Konstantinopel, daß die Bolschewiken die Truppen Wrangels in der letzten Verteidigungslinie überrannt haben. Nach den in Konstantinopel umgehenden Gerüchten ist Sebastopol bereits gefallen.

*

Die neue Konferenz in Riga

× **Paris, 16. November.** Der Vorsitzende der bolschewistischen Delegation Joffe erhob bei der ersten Zusammenkunft mit dem Vizepräsidenten der polnischen Delegation in Riga gegen die Haltung der Warschauer Regierung gegenüber Petljura Einspruch. Er betrachte diese Haltung als Verletzung des Friedensvertrages und verlange, der polnischen Regierung solle der Beschluß der Sowjetregierung mitgeteilt werden, die Rote Armee einzuberufen, falls die polnische Regierung ihre Haltung nicht ändere.

*

Die Kämpfe im Kaukasus

× **London, 16. November.** Die kemalistischen Truppen sind in Batum eingerückt. In Georgien sind von einer Seite die türkischen Rebellen, von der andern Seite die Bolschewisten eingefallen, mit dem Ziele, sich einen Durchgang nach Kleinasien zu verschaffen. Die militärischen Stellen der Entente in Konstantinopel treffen Gegenmaßnahmen.

*

Ein amerikanisch-russisches Abkommen

× **Stockholm, 16. November.** Der amerikanische Finanzmann Washington E. Vanderlip, der sich einige Monate in Moskau aufgehalten hatte, um mit der russischen Regierung zu verhandeln, und der gestern über Reval in Stockholm eingetroffen ist, hat der Nordischen Pressezentrale über das Ergebnis seiner Verhandlungen mitgeteilt, daß ein endgültiges Abkommen zwischen der Sowjetregierung und einem aus einer Anzahl amerikanischer Finanzinstitute bestehenden Syndikate abgeschlossen wurde. Das Syndikat hat für einen Zeitraum von 60 Jahren das ganze nordöstliche Sibirien östlich des 160. Längengrades einschließlich der Halbinsel Kamtschatka mit einer Gesamtfläche von 400000 Quadratmeilen gepachtet. Das Syndikat, welches das alleinige Recht zur Verwertung der Kohlen und Oelvorräte sowie der Fischerei erhält, wird das Gebiet im Frühjahr 1921 in Bearbeitung nehmen und seine Tätigkeit beginnen. Die Gerüchte über Aufstände und Straßenkämpfe in Moskau sind, wie Vanderlip weiter erklärte, vollständig erfunden. Er glaubt, daß diese Nachrichten von englischer und französischer Seite verbreitet werden, um die Wirtschaftsverhandlungen mit Rußland zu verhindern.

Die Tagung der französischen Kammer

☞ **Paris, 16. November.** (Eigener Drahtbericht)

Heute Dienstag beginnt die neue Session der Kammer, und es spricht heute für die Wahrscheinlichkeit, daß diese Kammer über kurz oder lang das Kabinett stürzen wird. Wir haben bereits darauf aufmerksam gemacht, daß der Kriegsminister die zweijährige Dienstzeit um keinen einzigen Tag kürzen lassen will, und diese Teilkrise dem ganzen Kabinett gefährlich werden kann. Für Lefèvre ist diese Frage nur ein Vorwand. Aus persönlichen Gründen wäre er schon längst gegangen, und zwar schon nach der Wahl Millerands zum Präsidenten der Republik. Lefèvre war damals nicht darauf gefaßt, nach der Versailler Wahl im Kriegsministerium bleiben zu müssen. So wie sich jetzt nur eine günstige Gelegenheit bietet, im Kampfe für eine große nationale Sache zu unterliegen, wird er sie benutzen.

Aber auch die Tage des Finanzministers sind gezählt. Er hat seit kurzem keine gute Presse mehr. Seine ebenso optimistischen und unerfüllt gebliebenen Versprechungen auf eine Besserung der Valuta haben arg enttäuscht und die Orientierung seiner Finanzpolitik nach London ist ebenfalls nicht vom Glück begünstigt gewesen. Außerdem hat er sich einige amerikanische Sympathien entgehen lassen. Es braucht nur noch durchzusickern, daß die neue 5proz. Anleihe ein Mißerfolg werden wird, genau wie die letzte im Frühjahr, die nur einen außerordentlich niedrigen Ertrag brachte, und sein Schicksal ist besiegelt.

Schließlich kommt die Frage der Wiederaufnahme der Beziehungen zum Vatikan hinzu, die die Orangeschale sein kann, auf der der Ministerpräsident ausgleitet. Es wird versichert, der Papst habe die Kirchenlaiengesetze anerkannt und der Ministerpräsident werde gegebenenfalls die Vertrauensfrage stellen. Es ist schon früher gesagt worden, daß sich eine Bewegung für die Verschiebung dieser Erörterungen geltend macht. Der Grund hierfür ist darin zu suchen, daß die dritte Erneuerung des Senats bevorsteht, und daß man die Absicht der Regierung bemerkt, die Vorlage noch vor dieser Neuwahl durchzudrücken, worüber man verstimmt ist.

Der vierte Grund ist naturgemäß im Wrangelkonflikt zu finden und damit ist das Maß voll. Die Gründe waren zwar im allgemeinen bisher nicht ausreichend, nachdem nun aber gestern das „Echo de Paris" den Kampf gegen das Kabinett mit einem heftigen Ausfall gegen die völkerbundfreundliche Politik Lenoues eröffnet hatte, dürfte die ganze große Presse an diesem Kampfe demnächst teilnehmen.

*

Der Kampf um die Dienstzeit in Frankreich

× **Paris, 16. November.** Wie dem „Echo de Paris" mitgeteilt wird, beharrt der Kriegsminister Lefèvre auf seinem Standpunkte, daß die Dienstzeit vorerst nicht kürzer als zwei Jahre sein könne. Nach seiner Ansicht dürfe man, so lange man am Rhein stehe und andre auswärtige Verpflichtungen habe, die Heeresstärke nicht vermindern. Der Kriegsminister werde dem Ministerrat eine Denkschrift unterbreiten. Wenn er mit seiner Ansicht nicht durchdringe, glaubt man, daß mit einem Rücktritt Lefèvres zu rechnen sein werde.

Tschechische Provokationen in Eger

□ **Eger, 16. November.** (Eig. Drahtbericht.) In der Nacht zum Sonntag ist es hier zu schweren Krawallen gekommen, die durch unerhörte tschechische Provokationen verursacht wurden. Etwa 100 Legionäre zogen bewaffnet zum Marktplatz, wo ein Denkmal Josephs II. steht. Sie rissen die Statue mit Seilen vom Sockel. Die aufgeschreckte reichsdeutsche Bevölkerung strömte auf den Marktplatz, von wo die Legionäre gerade abrückten. Sie deckten ihren Rückzug durch Schüsse, die aber glücklicherweise niemanden verletzten. Der deutschen Bevölkerung bemächtigte sich eine große Erregung. Sie zog, die „Wacht am Rhein" singend, durch die Straßen und riß alle tschechischen Schilder ab. Das Pflaster der Straßen zum Markt wurde aufgerissen, um die tschechischen Militärautos fernzuhalten. Daraufhin wurde von den Deutschen die Statue wieder an ihren Platz gebracht. Den ganzen Sonntag über war das Denkmal von Hunderten von Deutschen bewacht.

□ **Prag, 16. November. (Eig. Drahtbericht.)** Wie aus Eger berichtet wird, haben dort die Denkmalsschändungen zu neuen Demonstrationen geführt. Die tschechischen Schulen wurden vollständig demoliert und das Inventar auf die Straße geworfen. Zahlreiche Offiziere, die dort in Hotels untergebracht sind, mußten sich vor der wütenden Menge zur Wehr setzen. Ueberall wurde geschossen. Mehrere Zivilisten wurden verletzt.

Ungarn trauert

× **Budapest, 16. November.** (Ungar. Korr.-Bureau.) Die Blätter erschienen gestern in schwarzer Umrandung und besprachen in ernstem Tone die durch die Ratifizierung des Friedensvertrages abgeschlossene Katastrophe der Nation. Der „Pester Lloyd" schreibt: Ein Zeitabschnitt nationaler Versklavung und schmerzvoller Zerrissenheit bricht an. Doch ist die Glut unauslöschlicher tiefer Vaterlandsliebe nicht erloschen. Wenn diese Stunde schlägt, wird diese Glut auf den Grenzbergen der Karpathen wie ein Leuchtfeuer der Freiheit sich entflammen.

Die Freie Stadt Danzig

× **Danzig, 16. November.** Gestern nachmittag ist in der verfassunggebenden Versammlung die Freiheit der Stadt Danzig durch den stellvertretenden Oberkommissar Oberstleutnant Strutt verkündet worden. Oberstleutnant Strutt teilte mit, daß der Völkerbund in kurzem den Schutz der Freien Stadt Danzig übernehmen und auch die von der verfassunggebenden Versammlung beschlossene Verfassung gewährleisten werde. Zum Schluß sagte Strutt:

„Jetzt, meine Herren, als Soldat zu Soldat sprechend, denn fast alle von Ihnen sind Soldaten gewesen, Soldaten der größten und bewundernswertesten Armee, die die Welt je gesehen hat, sage ich Ihnen: Laßt uns Frieden halten jederzeit, sowohl innerhalb wie außerhalb dieses Hauses. Die Welt braucht Frieden. Möge Danzig und Polen darin ein Vorbild sein. Beide Völker mögen glücklich und zufrieden nebeneinander leben, blühen und gedeihen durch gegenseitiges Vertrauen und Freundschaft, bei gegenseitiger Unterstützung. Hiermit erkläre ich feierlich die Stadt Danzig und das sie umgebende Gebiet mit dem heutigen Tage zur Freien Stadt."

*

Die Danziger Frage in Genf

× **Genf, 16. November.** Zugleich mit der Völkerbundsversammlung tagt hier der Völkerbundsrat. Die Danziger Frage führte zu lebhafter Aussprache, die in erster Linie der militärischen Verteidigung des Freistaates Danzig galt. Oberbürgermeister Sahm wandte sich in deutscher Sprache dagegen, daß Polen mit der militärischen Verteidigung Danzigs betraut werden solle, und wies auf die Gefahr hin, die der polnische Imperialismus für Danzig bedeute. Er führte zum Beweise Stellen aus einem „Danzig und Polen" betitelten Buche des polnischen Delegierten Askenasy an. Dieser antwortete sehr lebhaft auf die Vorwürfe. Angesichts der Meinungsverschiedenheiten vertagte der Völkerbundsrat seine Beschlußfassung. Der polnische Standpunkt in der militärischen Frage wurde von England und Frankreich unterstützt.

× **Danzig, 16. November.** Die Danziger Abordnung telegraphiert aus Genf: Die Verhandlungen über die Verfassung, ihre Garantie und den Schutz des Völkerbundes haben heute vor dem Rate des Völkerbundes begonnen. Nach längeren Ausführungen von Paderewski und Sahm wurde den Vertretern Danzigs und Polens aufgegeben, ihre Bemerkungen schriftlich bis Dienstag abend einzureichen.

Der Ministerbesuch im Rheinland

× **Köln, 16. November.** Beim Empfange der Minister im Muschelsaale des Rathauses hielt Oberbürgermeister Dr. Adenauer einen Vortrag über die wirtschaftlichen Aufgaben der Stadt Köln. Er ging auf die Baupläne im inneren und äußeren Rayongelände sowie im Industriegebiete ein und betonte, daß die Stadt Köln sich dieser großen finanziellen Aufgaben nicht wegen rein örtlicher Interessen, sondern im Interesse des Rheins und der Allgemeinheit unterziehen wolle. Reichskanzler Fehrenbach gab in Dankesworten für die herzliche Begrüßung und den aufklärenden Vortrag dem Oberbürgermeister seine Meinung dahin kund, er sei überzeugt, daß die Stadt Köln tatsächlich die Hafenbauten und ihre sonstigen großen Baupläne letzten Endes auch im Reichsinteresse vornehmen wolle. Er glaube, namens des ganzen Reichskabinetts versichern zu dürfen, daß es die Stadt Köln in dieser Hinsicht nach besten Kräften fördern werde.

Reichskanzler Fehrenbach und Reichsminister des Aeußern Dr. Simons sprachen später im Görzenich vor etwa 1500 Hörern aus allen Volkskreisen. Der Reichskanzler erwähnte die Leiden, die das Kohlenabkommen von Spa für die ganze deutsche Industrie, das Verkehrswesen und die Bevölkerung herbeiführe und die hart an das Unerträgliche streifen. Wenn ein französischer Minister zugebe, daß Frankreich reichlich Kohlen habe, wenn man sogar die Meinung äußern höre, daß die Kohlen vielleicht sogar nach Deutschland zurückgesandt würden, dann verstehe man erst das Opfer Deutschlands ganz. Der Reichskanzler ermahnte zur Einheit und verlangte, in der sozialen Entwicklung keine Fehler zu begehen. Dies gehöre zu den ersten sozialen Pflichten der Gegenwart. Nach außen habe die Regierung das Ziel, den Vertragsgegnern von Versailles und Spa die Ueberzeugung des ernsten Willens Deutschlands zur Durchführung dieses Vertrages und dieses Abkommens beizubringen. Die Regierung erwarte dafür von der Gerechtigkeit der Gegner, daß sie keine Forderungen stellen würden, deren Unausführbarkeit als auch von ihnen festgestellt angesehen werden müsse.

Hierauf ergriff der Außenminister Dr. Simons das Wort. Er beschäftigte sich zunächst mit dem Zustandekommen der Besatzungsbestimmungen. Dann machte er Mitteilungen über die Zahl der Besatzungstruppen, von denen gegenwärtig 100000 Franzosen, 20000 Belgier, 13000 Engländer und 12000 Amerikaner sich im besetzten Gebiet aufhielten. Der Minister stellte hierauf fest, daß diese Zahlen viel zu hoch seien, um einen friedlichen Teil Deutschlands zu überwachen. Der zehnte Teil genüge. Er warnte die Entente, das deutsche Volk zur Verzweiflung zu treiben. Es sei friedlich gesinnt. Der Minister schloß mit der Hoffnung, daß die Einsicht der Gegner sich bald Bahn brechen möge.

Beide Reden wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

*

Die Not des Rheinlands

Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete wies den belgischen Oberkommissar darauf hin, daß nach wie vor belgische Offiziere die Jagdreviere im Rheinlande beschlagnahmten. So requirierte neuerdings eine Offiziersgesellschaft in Neuß ein Revier von 4800 Hektar, wofür mindestens eine Pacht von 50000 bis 60000 M. zu zahlen wäre. Auch in Gelsenkirchen und Krefeld werden große Reviere von Offizieren beschlagnahmt.

Adolf Wermuth

Von Johannes Fischart

Ein Kinderspielzeug unterm Weihnachtsbaum war ein kleines, schmales Kästchen. Drückte man auf den Deckel, so sprang ein Mann mit einem riesigen Schnurrbart heraus. Dieses Spielzeug nannten wir: „Kasperle, komm' 'raus!" Adolf Wermuth, der Oberbürgermeister Großberlins, ist nun gewiß nicht eine Kasperlesfigur. Aber was ihn in seinem Aeußeren so wesensverwandt mit dieser Figur aus dem schwarzen Kästchen macht, ist die Tatsache, daß sein Gesicht eigentlich nur aus einem riesigen borstigen und dennoch gestriegelten Schnurrbart besteht. Allenfalls entdeckt man in dem vierkantigen Gesicht dieser überhaupt viereckig gedrungenen Gestalt noch einen goldenen Kneifer mit einer dicken schwarzen Schnur.

Wermuth hat die ganze Ochsentour einer kaiserlich-königlichen Beamtenlaufbahn durchgemacht. Im März 1855 kam er in Hannover zur Welt, wurde Jurist und kaum, daß er das Assessorexamen gemacht hatte, als Hilfsarbeiter ins Reichsamt des Innern berufen. Er hat also noch eine ganze Reihe von Jahren die bismärckische Atmosphäre in vollen Zügen einatmen können. Nach sechs Jahren wurde er Vortragender Rat. Und nach dem Regierungsantritt Wilhelms II. wurde, wenn auch nur in der Amtsstube, auch sein Feld die Welt. Nacheinander wurde er Reichskommissar für die Weltausstellungen in Melbourne und in Chicago, und als der junge Kaiser Heligoland unter schweren kolonialen Opfern England abgerungen hatte, wurde er Kaiserlicher Kommissar der Insel. Aber all das waren nur Nebenwege. Nach wie vor blieb er Beamter des Reichsamtes des Innern. Er überdauerte alle. Bismarck verschwand, Böttticher stieg, von der kaiserlichen Gnadensonne bestrahlt, höher und höher, fiel schließlich aber auch und Posadowsky, der Graf im Barte, trat an seine Stelle. Um die Jahrhundertwende wurde er Ministerialdirektor und, vier Jahre danach, Unterstaatssekretär. Auch in dieser Stellung arbeitete er fünf lange Jahre ununterbrochen seine Nahr herunter. Im Juli 1909 flog der konservativ-liberale Block auf. Fürst Bülow nahm seinen Abschied. Der Reichsschatzsekretär Sydow weigerte sich, die Finanzreform, an der sich der ganze Konflikt entzündet hatte, im Sinne der Konservativen und des Zentrums unter Erzberger zu machen, stellte sein Portefeuille zur Verfügung, und der Kaiser bat Herrn Wermuth, die Leitung des Reichsschatzamtes zu übernehmen. Das war damals noch eine glückliche Zeit. Wenn eine neue Steuer von zehn oder zwölf Millionen Mark eingebracht werden sollte, gab's ein Hallo in ganz Deutschland von Memel bis Konstanz und von Flensburg bis Dresden. Die Presse handelte in ihrer Polemik dann zwei Millionen und der Reichstag nachher noch weitere vier Millionen ab, weil eine jährliche Mehrbelastung des deutschen Volkes mit zehn oder zwölf Millionen einfach nicht zu tragen sei. Herr Wermuth stellte als sein Programm auf: keine Ausgabe mehr ohne Deckung. Denn schließlich hatten die Gesamtschulden des Reiches immerhin schon die Höhe von fünf Milliarden Mark erreicht und die Bülowsche Finanzreform war ja gerade deswegen gemacht worden, um mit der Aufnahme weiterer Anleihen zur Deckung des Etatsdefizits Schluß zu machen.

Nun ballten sich am internationalen Horizont große Wetterwolken zusammen. Ein neues Wettrüsten begann. Im Frühjahr 1912 kam die erste, kleine Heeresvorlage heraus, die bedeutende Opfer an Geld erforderte. Die Konservativen hatten an der Erbanfallsteuer 1909 den Bülowblock zerschellen lassen. Jetzt war es Wermuth, der dem Parlament, unter dem Jubel der liberalen Parteien, von neuem eine Erbanfallsteuer präsentierte. Abermals begehrten Konservative und Zentrum auf. Rasch wurden die Finanzminister der Einzelstaaten nach Berlin zu einer Konferenz gebeten, und als sie vor dem Stinnesriesen der Konservativen in die Knie sanken, trat Wermuth als aufrechter Mann von seinem Posten zurück. Das machte ihn in den weitesten Kreisen des deutschen Bürgertums bis tief in die Reihen der Sozialdemokratie hinein mit einem Schlage populär. Und als wenige Monate später der langjährige Berliner Oberbürgermeister Kirschner starb, dachte der Magistrat sofort an ihn, obwohl er parteipolitisch damals eher der Rechten als der bürgerlichen Linken zuzuzählen war. Und in der Tat, Wermuth stach alle seine Mitbewerber, so den Schwiegersohn Kirschners, den Oberbürgermeister von Halle, Dr. Rive, aus. Am fünften September 1912 wurde er im Roten Hause feierlich eingeführt, und gleich mit seiner Antrittsrede erwarb er sich die Sympathien der Berliner Bevölkerung, als er versprach, „ein redlicher Hüter der Selbstverwaltung zu sein". Mit starker Initiative brachte er neues Leben in die etwas verstaubte Verwaltung, weckte neue Kräfte, schuf eine neue Organisation und schlug rasch eine Brücke zwischen Magistrat und Stadtverordneten. Martin Kirschner hatte das in den letzten Jahren seiner Amtszeit nicht mehr so recht gelingen wollen. Wermuth legte das Hauptgewicht darauf, immer mit der Stadtverordnetenversammlung zu arbeiten, ganz wie er es in seiner Antrittsrede versprochen hatte: „Ich möchte nach den Grundsätzen, unter denen Berlin erblüht ist, tatenfroh und gutbürgerlich wie im Magistrat so mit Ihnen (den Stadtverordneten) wirken, mit Ihnen das Sachen und Streben und die Freude am Erreichten teilen."

Eine ganze Reihe neuer kommunaler großer Projekte wurde in der kurzen Spanne Zeit vor dem Kriege in Angriff genommen: die große Untergrundbahnlinie, die den Norden und Süden der Stadt verbinden sollte, die Errichtung des Westhafens, die Untertunnelung der Linden für den Straßenbahnverkehr, die Errichtung der Großmarkthalle und die Verstadtlichung der Elektrizitätswerke. Der Krieg stellte dann ganz neue Anforderungen an die deutschen Kommunen. Immer neue Aufgaben wurden ihnen zuteil. Das Heer der Beamten und Angestellten wuchs förmlich von Tag zu Tag. Das Nebeneinanderregieren der einzelnen um Berlin herumgelagerten großen Städte und Gemeinden ließ den Ruf nach einer völligen Vereinheitlichung Großberlins immer lauter werden, und Wermuth selbst war es, der sich mit an die Spitze dieser Bewegung stellte. Die Revolution schuf dann für die Stadt mit einem Schlage wiederum eine ganz neue Situation. Der Radikalisierung der Massen Rechnung tragend, die auch in der Stadtverordnetenversammlung Berlin zum Ausdruck kam, fing er sich allmählich weiter zu

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1920111701/1